

Exkursion Albanien/Kosovo vom 15.-21.10.2017

Bericht

zusammengestellt von Dirk van den Boom

mit Input von Uta Bischoff-Peters, Linda Gensch, Andreas Groß, Sabina Hoffmann, Heidemarie Kunz, Johanna Münch, Henrik Poos, Lena Prodöhl und Sanela Selimagic

Das Sonderprogramm 2017 des IntegPlan-Projektes, finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und durchgeführt in Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), beinhaltete die Durchführung einer Exkursion für Rückkehrberater/innen in die Herkunftsländer **Albanien und Kosovo** im Oktober 2017. Unter der Gesamtverantwortung von Micado Migration gGmbH war für die logistische Umsetzung des einwöchigen Aufenthalts der kosovarische Partner APPK als Unterauftragnehmer verantwortlich, dieser agierte in enger Kooperation mit den Migrationsberatungszentren der GIZ in Tirana und Pristina. Allen beteiligten Partnern sowie denjenigen Institutionen, die im Rahmen der Exkursion besucht werden konnten und deren Vertreter/innen den Berater/innen mit Antworten auf ihre Fragen zur Verfügung standen, gilt ausdrücklich der Dank der Organisatoren wie der Teilnehmer/innen gleichermaßen. Dieser Bericht orientiert sich in der Darstellung der wesentlichen Aktivitäten und Eindrücke am Ablaufplan der Exkursion, der als Anlage zu diesem Bericht vorliegt.

1. Erster Besuchsteil: Albanien

1.1 Einführende Veranstaltung, "Round Table"-Diskussion; Präsentationen des DIMAK (Migrationsberatungszentrums) und des Projekts "ProSEED", Darstellung geplanter Studien zum Thema

Im Rahmen eines einführenden Seminars wurde auf der Basis einer Reihe von Präsentationen der Rahmen für die Arbeit des Migrationsberatungszentrums in Albanien gesteckt, vor allem die inhaltliche Verknüpfung mit anderen GIZ-Vorhaben vor Ort. Neben den Vertretern der GIZ waren auch albanische staatliche Institutionen - etwa die Arbeitsagentur - sowie andere lokale und internationale NGOs in der Runde repräsentiert. Die inhaltlichen Details der einzelnen Präsentationen sind den angefügten Materialien, v. a. den Powerpoint-Präsentationen, zu entnehmen und sollen hier daher nicht im Detail wiedergegeben werden. In der Diskussion der verschiedenen Inputs ergaben sich folgende Aspekte:

- **Präsentation DIMAK (Florenc Qosja, Nationaler Koordinator):** Das DIMAK selbst kann **keine Jobvermittlung** i. e. S. durchführen, sondern bietet nur das Handwerkszeug zur Arbeitsplatzsuche an, wie bspw. Bewerbungstrainings. Es findet **Verweisberatung** sowie die Teilnahme an **Jobmessen** im Inland statt. Aktive Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen sind maximal über **NGOs** möglich, mit denen derzeit Unterverträge abgeschlossen werden, erste Erfahrungen (bspw. Kochkurs) wurden aber schon gemacht. Eine genaue **Dokumentation** der Beratungsfälle wird geleistet, es ist aber noch nicht klar, ob und wie abstrahierte Erkenntnisse aus dem Monitoring Dritten - wie bspw. Berater/innen in Deutschland - zur Verfügung gestellt werden können. In Bezug auf die Wege der direkten Kontaktaufnahme ist der genaue Prozess dieser noch in der **Abstimmung**, b. a. w. soll der Kontakt vorzugsweise über die Reintegrationsscouts gesucht werden, eine endgültige Verfahrensweise wird aber in naher Zukunft festgelegt und den Berater/innen kommuniziert.

- **Präsentation ProSEED (Katja Röckel, Programm-Manager):** Konkrete Nachfragen ergaben sich in Bezug auf den Zugang von chronisch Erkrankten in Maßnahmen des Projektes - was **kein** Hinderungsgrund ist - sowie in Bezug auf die Aktivitäten zur Existenzgründung, wobei das Projekt einen **Gründungszuschuss** in Höhe von 4000-7000 € zur Verfügung stellt.

Generell: in der Diskussion waren praktische Fragen vorherrschend. Wie geht man mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen um? Welche formalen Vorgaben sind bspw. bei der Wiedereingliederung ins Schulsystem zu beachten? Hält das DIMAK die entsprechenden Informationen vor? Ist das DIMAK das allgemeine Eingangstor für konkrete Nachfragen in Bezug auf die Lebenssituation konkreter Rückkehrer, die in Deutschland noch im Beratungsprozess sind? Hierbei ist davon auszugehen, dass der Findungsprozess und das genaue Aufgabenprofil des DIMAKs, die Kommunikationsstruktur vor Ort wie auch mit Deutschland sowie das Portfolio der möglichen Unterstützungsangebote derzeit noch im **Entstehungsprozess** sind und daher noch keine endgültigen und dauerhaft belastbaren Auskünfte für viele der Fragen gegeben werden können. Der große **Kooperationswille** der DIMAK-Mitarbeiter vor Ort auch und gerade in Bezug auf Rückkehrberatungsstellen in Deutschland konnte jedoch gut vermittelt werden.

- **Präsentation Studienvorhaben "Successful Re-Integration Paths of Albanian Refugees" (Joniada Barjaba, Albanian Institute for International Studies):** Von besonderem Interesse war der Hinweis der Referentin, dass die albanische Regierung derzeit an einer neuen **Migrationsstrategie** (Action Plan) für den Zeitraum 2018-2024 arbeite, in dem Fragen der Reintegration ebenfalls Berücksichtigung finden sollen. Darüber hinaus wurde die Existenz von insg. 36 sogenannter "Migration Desks" im Rahmen der albanischen Arbeitsagentur angesprochen, die sich als Dienstleistungsorte für die Beratung von Migranten in beide Richtungen verstehen. Hingewiesen wurde darauf, dass von der Gesamtzahl jener, die nach Albanien zurückkehren, rund 75 % aus EU-Ländern remigrieren und davon wiederum rund ein **Viertel** aus Deutschland.
- **Präsentation Projektstudie "Rapid Assessment on returned migrants in municipal areas of Elbasan, Librazhd and Kukes - Services available to them, gaps and associated needs" (Vilma Kolpeja, NCSS):** Im Rahmen der Präsentation wurde kurz das offizielle Sozial- und Leistungssystem Albanien diskutiert, das sich auf der einen Seite durch ein sehr schwaches Angebot der **Sozialhilfe** auszeichnet - mit einem sehr komplexen Prozess der Bedürfnisfestlegung und einem jährlich begrenzten Budget, das **nicht** in der Lage ist, die Bedarfe zu decken - und einer Arbeitsagentur, die erst langsam in der Lage ist, die ihr zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen und die von Seiten der Bevölkerung eher noch mit **Misstrauen** betrachtet wird.

1.2 Besuch beim "National Employment Service" (Arbeitsagentur, Migration Desk)

Die besuchte Einrichtung war zuvor dem Arbeitsministerium angegliedert; ist seit der Regierungsumbildung 2017 dem Ministerium für Wirtschaft und Entwicklung Albanien zugehörig. Der NES ist **nicht nur für Rückkehrer/innen** nach Albanien zuständig, sondern berät auch Menschen, die vorhaben Albanien zu verlassen. Hinzu kommt die Verantwortung für Migrant/innen aus dem Ausland, die über Arbeitsvisa in Albanien tätig sind, z.B. ausländische Professor/innen oder Spezialisten in der Mineralölindustrie. Der NES verfügt landesweit über **36 Arbeitszentren**; davon 12 größere Zentren in den wichtigsten Städten und 24 auf regionaler Ebene, die direkt als Arbeitsämter fungieren. In jedem Arbeitszentrum gibt es einen sogenannten Schalter (albanisch: *sportelet*) mit einer Mitarbeiter/in, der/die für die Rückkehrer/innen zuständig ist. Allgemein angebotene **Dienstleistung-**

gen sind insbesondere: Informationen & Orientierung für potentielle Migrant/innen, Weiterbildungsmaßnahmen für Rückkehrer/innen und besondere Unterstützungsleitungen für vulnerable Gruppen.

Nachgefragt werden zumeist Informationen über **Unterbringung** nach der Rückkehr, **Beschäftigung**, **Qualifikation** oder **Anerkennung** von im Ausland erworbenen Qualifikationen (auch informeller Art). Letzteres ist durch Teilnahme an Kursen und anschließende Zertifizierung möglich. In den NES findet i.d.R. jedoch nur eine **Verweisberatung** für juristische, gesundheitliche oder finanzielle Belange der Rückkehrer/innen statt. Auf Nachfrage schilderte der NES-Mitarbeiter die Reintegration von schulpflichtigen Kindern. Auch in Albanien besteht die allgemeine **Schulpflicht**, d.h. die Schüler/innen werden in der Regel in diejenige Klasse eingestuft, in der sie auch in Deutschland waren. Härtefälle bestehen, wenn die Integrierung spät im laufenden Schuljahr stattfindet; sollten die deutschen Schulcurricula nicht mit den albanischen übereinstimmen, muss die Klasse im Folgejahr **wiederholt** werden. Aktuell Arbeitskräftebedarf und somit eine relativ gute Beschäftigungsmöglichkeit für Rückkehrerinnen in den Bereichen **Tourismus & Gastronomie, Landwirtschaft und Logistik**. Die zahlenmäßige Hinterlegung der Ausführungen durch entsprechende Statistiken war dem Gesprächspartner jedoch während des Besuches nicht möglich.

1.3 Besuch bei IOM Tirana

IOM Tirana stellte im Rahmen des Besuchs seine Arbeit vor, dazu gehört u. a. auch die konzeptionelle **Beratung** der albanischen Regierung in Migrationsfragen. So wurden die 36 "Migration Desks" mit Kooperation von IOM etabliert und auch bei der derzeitigen Vorbereitung des neuen "Action Plan" zur Migration steht IOM beratend zur Seite. Darüber hinaus führt IOM individuelle **Reintegrationsmaßnahmen** für Rückkehrer aus jenen Ländern durch, die diesbezüglich eine Vereinbarung mit IOM unterzeichnet haben (z. B. Belgien, Schweiz etc.). Deutschland gehört aber **nicht** dazu, hier ist man nur im Rahmen von ZIRF-Anfragen tätig. Eine allgemeine Diskussion über die verwendete Methodik schloss sich an.

1.4 Treffen in den provisorischen Räumlichkeiten des DIMAK in Tirana

In den provisorischen Räumlichkeiten des Migrationsberatungszentrums traf sich die Gruppe mit den zuständigen Berater/innen zu einem weiteren Austausch speziell zu den Möglichkeiten der Institution bei der Unterstützung der Rückkehrer. Mit fünf Mitarbeiter/innen - und einer Praktikantin - beschäftigt sich das DIMAK täglich mit ca. **60 Anfragen** pro Tag - persönlich oder elektronisch - und führt bis zu **fünf** direkte Beratungsgespräche mit Ratsuchenden täglich durch. Der Schwerpunkt liegt dabei immer noch auf Beratung zu einer legalen **Ausreise** nach Deutschland. In Bezug auf Rückkehr bietet man neben der **Verweisberatung** sowie **Bewerbungstrainings** auch eine Vermittlung in die Aktivitäten der **drei NGOs** an, mit denen man bis jetzt bereits Kooperationsverträge im Rückkehrbereich abgeschlossen habe. Eine weitere Ausschreibung für ein möglichst **flächendeckendes Betreuungsangebot** ist in Vorbereitung. Bei Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen könnten derzeit im Regelfalle nur Transportkosten, aber keine Kursgebühren übernommen werden. Auch die treuhänderische Verwaltung von Fördermitteln Dritter ist derzeit **nicht** vorgesehen. Es sei davon auszugehen, dass das Programm in Albanien **zu Beginn des Jahres 2018** seine volle Leistungsfähigkeit erreichen wird.

Was die Abläufe betrifft, so ist es grundsätzlich wünschenswert, wenn das DIMAK bereits **vor der Ausreise** Kenntnis über die Bedürfnislagen von prospektiven Rückkehrer/innen erhält. Eine Kontakt-

aufnahme auch des Klienten selbst ist daher erwünscht, so dass man bspw. bereits einen Termin für ein Beratungsgespräch vereinbaren könne.

1.5 Treffen mit Vertretern der Berufsschule Kamza

Das Treffen mit dem Projektverantwortlichen der GIZ für die Kooperation mit der Berufsschule in Kamza, einem bislang stark vernachlässigten Stadtviertel von Tirana, und dem Schuldirektor der Schule drehte sich neben **schulspezifischen** Fragestellungen auch allgemein um Aspekte des **Berufsbildungssystems** in Albanien, das mit dem dualen System in Deutschland nicht vergleichbar ist. Als einzige Berufsschule im Gebiet, hat die Einrichtung eine im landesweiten Vergleich gute Ausstattung durch internationale Unterstützung. Durch die Kooperation mit der GIZ konnten 22 Rückkehrer an der Schule aufgenommen werden, auch **außerhalb** der offiziellen Anmeldetermine. Das Curriculum besteht zu 60% aus Allgemeinbildung, führt zu staatlichem Abitur UND Berufszertifikat, was bedeutet, dass der berufspraktische Anteil oft **ungenügend** ist. Die Aufnahme von Schülern aus Rückkehrerfamilien ist zwar obligatorisch, ein Schulbesuch ist aber generell nur bis zur Vollendung des **22. Lebensjahres** möglich. Erwachsenenbildungsangebote werden durch **Kurzzeitqualifikationen** abgedeckt. Für die korrekte Wiedereingliederung der Kinder ist eine möglichst **umfassende Dokumentation** (Zeugnisse, Bescheinigungen etc.) ihrer in Deutschland absolvierten Schulkarriere unerlässlich.

1.6 Treffen mit Projektbegünstigten des ProSEED-Projektes

Mit einem Mitarbeiter des Projektes wurden Teilnehmer der "Nukleus-Gruppe" besucht, verschiedene Kleinstunternehmer, die kooperieren und gemeinsam an ihren Gründungsprozessen arbeiten. In Albanien sind **über 90 % der Unternehmen sehr klein, beschäftigen aber nur rund 40 % der Erwerbstätigen**. Das Projekt konzentriert sich dabei auf junge Menschen und Frauen. Zentraler Bestandteil war der Besuch in einer genossenschaftlich organisierten Produktions- und Vertriebsfirma lokal hergestellter, zumeist landwirtschaftlicher Produkte, die in nächster Zeit expandieren möchte und neue Arbeitskräfte einzustellen bereit ist. Für Rückkehrer, die evtl. eine Selbständigkeit in Betracht ziehen, kann dieses Vorhaben eine sinnvolle **Anlaufstelle** sein.

1.7 Besuch eines Jugendzentrums in Tirana

In einem vorwiegend von Roma und generell sozial schwachen Familien bewohnten Stadtteil von Tirana wurde ein Jugendzentrum besucht, in dem versucht wird, Jugendlichen aller Altersklassen auch außerhalb der Schulzeit einen **strukturierten Tagesablauf** sowie die Befriedigung zentraler **Bedürfnisse** (Ernährung, medizinische Versorgung, sinnvolle Freizeitgestaltung) zu ermöglichen. Migration ist in diesem Stadtviertel ein großes Thema, aufgrund der guten Vernetzung kennt man Familien, die die Absicht zur Emigration haben und stellt fest, dass die negativen Erfahrungen von Rückkehrern **keinen erkennbaren Einfluss** auf die Auswanderungsabsichten Anderer haben. Für Rückkehrer werden darüber hinaus Beratungsangebote im Rahmen einer **Familienberatung** gemacht, wobei diese im Regelfalle nur von den **Müttern** in Anspruch genommen werden. In Sommerschulen werden die Kinder zu gemeinsamen Aktivitäten aus ihrem Alltag herausgeholt, dies gilt auch als geeignete Maßnahme zur Reintegration von Jugendlichen aus Rückkehrerfamilien. Als problematisch wird die **mangelnde Möglichkeit zur sofortigen Unterstützung** von Rückkehrern direkt nach der Ankunft gesehen, deren essentielle Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, da das staatliche Sozialsystem nur **unzureichende** Dienstleistungen vorhält. Dies kann im Extremfalle auch zu Obdachlosigkeit führen,

was wiederum sehr negative Konsequenzen für die Kinder und Jugendlichen hat (führt u. a. dazu, dass sie nicht zur Schule gehen).

1.8 Besuch bei terre des hommes Albanien

Terre des Hommes ist eine auf das Kindeswohl fokussierte NGO, die ihren Sitz u.a. in Tirana und Pristina hat. In Bezug auf Rückkehr hat sie die folgenden Ziele: 1. Reintegration und Schutz von migrierten **Kindern und Familien**; 2. **Prävention** irregulärer oder unsicherer Migrationsformen durch die Verbesserung der Lebensverhältnisse vulnerabler Familien und Bereitstellung von gemeindeorientierten Leistungen. Terre des Hommes identifiziert durch etablierte Strukturen in den Communities Familien, die gewillt sind irregulär zu migrieren und nehmen sich ihrer Probleme an, um eine Migration zu **vermeiden**. Die NGO hat am 01.10.2017 eine **Zusammenarbeit** mit der GIZ begonnen und wächst durch die Kooperation. In den **vier bestehenden Community-Centern** (Shkodra, Fier, Korça, Lezha) können neue Mitarbeiter eingestellt werden, was von der Organisation als sehr hilfreich eingeschätzt wird. Die GIZ wird fast die Hälfte der Kosten für die Zentren decken. Allein in Shkodra wurden im letzten Monat bereits **17 Rückkehrer** aus Deutschland identifiziert. Durch die Zusammenarbeit mit der GIZ kann die NGO Rückkehrer aus Deutschland als **neue Zielgruppe** einführen. Ohne individuelle Familienförderung (z.B. durch SOLWODI) können Rückkehrer im **Rahmen** der Community-Center betreut werden. Gibt es eine Förderung für eine Familie, erstellen sie einen **Aktionsplan**, der individuell auf die Familie und ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist (Weiterbildung, Elternkurse, Alphabetisierung u.v.m.). Nur wenn alle Familienmitglieder diesem zustimmen, wird er durchgeführt. Eine Zusammenarbeit mit anderen NGOs und staatlichen Stellen ist essentiell. Terre des Hommes wünscht sich eine **direkte Kommunikation** mit den Rückkehrberatungsstellen sowie alternativ über SOLWODI oder das DIMAK.

1.9 Besuch bei der NGO "Different & Equal" (Partner von SOLWODI in Albanien)

D&E ist eine Hilfsorganisationen für Menschen, die vom **Menschenhandel** betroffen sind. Sie bietet auch Frauen und Männern Schutz, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, erhalten hierfür offiziell keine Unterstützung. Die meisten Betroffenen sind Frauen ab 16 Jahren. Die Betreuung eines Opfers dauert **ca. 2-5 Jahre**, psychisch Kranke werden auch länger betreut. Die Opfer kommen über staatliche Organisationen und über andere NGOs, die Polizei, das Rotlichtmilieu sowie im Rückkehrbereich eine Vielzahl über **SOLWODI**. D&E hat ein **Frauenhaus**, in dem ca. 20 Frauen Unterschlupf gewährt werden kann. Der NGO stehen ca. 30 private Wohnungen zur Verfügung, in denen die Frauen wohnen können. Wenn ein guter Kontakt zu der Familie aufgebaut werden kann, werden die Opfer auch oft in die Familie **wiedereingegliedert**. D&E betreut nicht nur Opfer albanischer Abstammung, sondern auch aller anderen Nationen. Sie finanzieren sich über internationale Spenden sowie über Zahlungen vom Staat. Die Hilfe der Organisation sieht wie folgt aus: Zunächst wird das Opfer psychisch stabilisiert, dann startet der **Reintegrationsprozess**. Es wird geschaut, welche Stärken und Bedürfnisse die Menschen haben und was sie in Zukunft gerne machen würden. D&E organisiert **Praktika** in unterschiedlichen Einrichtungen, führen **Bewerbungstraining** durch, bieten verschiedene Kurse und **Weiterbildungen** an. Sie begleiten den Prozess der Wiedereingliederung ins Arbeitsleben. Wenn dieser erfolgreich war, werden die Menschen weiterhin finanziell unterstützt z.B. durch Übernahme der **Mietkosten**. Rückkehrberater können mit D&E **direkt** in Kontakt treten. Diese benötigen dann allerdings einige Informationen über die zu betreuende Person, sonst ist eine fallbezogene Kontaktaufnahme auch über SOLWODI möglich. Die Organisation hat sich auch mit einem Projekt für die bei der GIZ beworben, dieser Prozess ist aber noch **nicht** abgeschlossen.

2 Zweiter Besuchsteil: Kosovo

2.1 Einführende Veranstaltung, "Round Table"-Diskussion; Präsentationen des DIMAK (Migrationsberatungsentrums) und der bilateralen Projekte, Kurzpräsentationen des URA-Projektes sowie der darüber hinaus aus Deutschland geförderten NGOs (AWO, Diakonie)

Bei der für den Kosovo einführenden Veranstaltung wurde der Rahmen der Rückkehrarbeit in diesem Land abgesteckt. Dabei wurde gleich deutlich, dass die infrastrukturellen und politischen Rahmenbedingungen für die Reintegration hier **im Vergleich zu Albanien deutlich besser** sind und spezifische Angebote möglich sind, die im Nachbarland **noch nicht** zur Verfügung stehen. Auf die genauen Inhalte der Präsentationen wird in diesem Abschnitt nicht weiter eingegangen, sie sind im Anhang dokumentiert. Die Arbeit der beteiligten NGOs wird in den Abschnitten beschrieben, die sich auf die direkten Besuche bei bzw. mit den Einrichtungen beziehen.

An bilateralen Projekten wurden vorgestellt: Capacity Development in the Basic Education Sector (CDBE) (Bildungsprojekt), Youth Employment and Skills (YES) (v. a. zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit), Competitiveness of the private sector in rural areas (COSiRA) (in zahlreichen Wirtschaftsbereichen tätig, mit Fortbildungen, Praktika, Kooperation mit dem privaten Sektor) sowie Development of sustainable local public services (SMS) (z. B. Müllrecycling).

Bei der Darstellung der anderen Vorhaben wurde noch einmal differenziert zwischen den Aufgabenbereichen des DIMAK, von URA 2 sowie der NGOs, vor allem, was die Zielgruppen angeht - aufgeteilt zwischen URA, AWO und Diakonie nach **Herkunfts-Bundesländern** sowie Differenzierung zwischen freiwillig Rückkehrenden und Abgeschobenen, was die zur Verfügung stehenden Hilfsleistungen anbetrifft. Da **90 % aller Rückkehrer** in den Kosovo aus Deutschland kommen, sind dies auch im Vergleich mit Hilfsmaßnahmen anderer Rückkehrländer die leistungsfähigsten Dienstleister auf dem Gebiet. Angesprochen wurden u. a. die Themen der medizinischen Hilfe sowie der wirtschaftlichen Reintegration sowie Unterstützung bei der Unterbringung, wo in jedem Falle das Bemühen da ist, individuelle Lösungen im Rahmen der Fördermöglichkeiten zu finden. Eine vorzeitige Kontaktaufnahme vor Rückkehr gerade bei Problemfällen **empfiehlt sich**.

Der Vertreter des staatlichen Reintegrationsprogrammes stellte in groben Zügen die Arbeit der kosovarischen Behörden von der Aufnahme der Klienten am Flughafen bis zur Betreuung durch die kommunalen Einrichtungen vor. Wichtig sei dabei, **doppelte Unterstützung** durch das Innenministerium und NGOs/Institutionen zu vermeiden, obgleich sicher festzuhalten sei, dass das Vertrauen in die Leistungsfähigkeiten in staatliche Institutionen in den Augen vieler Rückkehrer **begrenzt** ist. 2016 registrierte das Ministerium **5100 Rückkehrer**, die durch die Deutsche Botschaft gemeldet wurden (i. d. R. Abgeschobene), von Januar bis September 2017 waren es etwa **2000**. Die meisten Rückkehrer hätten staatliche Unterstützung bekommen, die meisten seien inzwischen gut integriert.

Am **Flughafen** erfolge **Erstberatung** und Zugang zum **Case Management-System**, wobei die Freiwillige Rückkehr nicht immer zu erfassen ist, da sich **nicht** alle ab- bzw. anmelden. Familien kehren in ihre Gemeinden zurück, dort gibt es Sozialberater des Innenministeriums, die für sie zuständig sind und Detailberatung leisten. Jede Gemeinde verfügt über entsprechende Büros mit 5-6 Mitarbeitern. Eine Familie wird im System registriert und **innerhalb von 72 Stunden** aufgesucht und über Leistungen informiert. Es wäre der Wunsch der staatlichen Verwaltung, wenn andere Organisationen sich in die Nutzung des Case Management Systems einbeziehen würden, um doppelte Leistungen zu vermeiden.

Rückfragen der Berater/innen drehten sich darum, **wohin** die Rückkehrer zurückkehren müssen, um Leistungen zu erhalten (es ist ihre **ursprüngliche** Wohngemeinde), was mit Kindern bei der **Einschulung** passiert, wenn die Rückreise mitten im Schuljahr erfolgt (sie können auch **während des Schuljahrs** in laufende Klassen eingeschult werden) und wie damit umzugehen ist, dass viele prospektive Rückkehrer **nicht glauben**, dass sie irgendwelche Leistungen erhalten (die Perspektive der Rückkehrer sei oft **sehr negativ**, die Realität sehe jedoch nicht in allen Aspekten so schlecht aus, und die Exkursion könne helfen, ein wahrheitsgetreues Bild zu zeichnen).

2.2 Fahrt nach Prizren

Prizren ist die zweitgrößte Stadt des Kosovo nach Pristina, Sitz der zweiten im Land gegründeten staatlichen Universität und genauso wie die Hauptstadt ein Schmelztiegel der verschiedenen im Land wohnenden ethnischen Gruppen. Die Exkursionsgruppe besuchte neben dem Gemeindebüro für Rückkehr und Gemeinschaft, das kommunal für die Reintegration von Rückkehrern zuständig ist, einige Rückkehrerfamilien. Der im **Gemeindebüro** angetroffene Mitarbeiter ist seit 2012 der Koordinator für die Abteilung Reintegration in Prizren und fünf umliegenden Kommunen. Er koordiniert zwischen lokalen und zentralen Büros, wie zum Beispiel dem Anmeldebüro am Flughafen in Pristina. Seit 15.09.17 wird die Förderung für alle Bedürfnisse der Rückkehrer auf kommunaler Ebene geregelt, zuvor lag nur die Aufgabe der Grundversorgung bei den Kommunen. Mit der Umstellung soll der Bürokratieabbau vorangetrieben und schnellere Hilfen für Rückkehrer ermöglicht werden. Laut des Mitarbeiters seien die Probleme aller Rückkehrer **ausschließlich finanzieller Natur** und das Ministerium hätte sein Budget für den Reintegrationsfond zu keinem Zeitpunkt je überschritten oder Rückkehrer abgewiesen. Bei einem Hausbesuch, innerhalb von acht Tagen nach der Anmeldung, würde entschieden, ob eine Förderung bewilligt wird. So gäbe es zum Beispiel bis zu **3.000 € Existenzgründungszuschuss, Jobtrainings, Jobvermittlung und finanzielle Unterstützung der Arbeitgeber**. Das Ministerium hat ein monatliches Treffen mit der GIZ und deren Akteuren (z.B. SoRi) und arbeitet zusammen mit der AWO Nürnberg. Probleme mit der **medizinischen** Versorgung gäbe es **keine**.

Bei anschließenden Hausbesuchen der Exkursionsgruppe bei in Prizren ansässigen Roma-Familien wurde ein etwas **differenzierteres** Bild gezeichnet. Vor allem die Situation bei der Unterkunft sowie bei der medizinischen Versorgung kann sich in problematischen Fällen als **prekär** erweisen. Der Gesamteindruck war, dass es eine **Diskrepanz** zwischen dem offiziellen Bild von der Effektivität des staatlichen Reintegrationsprogrammes und der vorgefundenen Realität bei konkreten Rückkehrerfamilien gibt.

2.3 Fahrt nach Ferizaj

Zuerst besuchte die Gruppe die **Gemeindeverwaltung** (Zyra Komunale per Komunitete dhe Kthime). Wie in jeder Gemeinde, gibt es auch hier ein Büro, das für die Betreuung von Rückkehrenden zuständig ist. Rückkehrer, die sich nicht am Flughafen in Pristina registrieren, müssen sich spätestens in ihren Heimatgemeinden **melden**, um Hilfsangebote in Anspruch nehmen zu können. Grundsätzlich sind jegliche staatliche Unterstützungsleistungen **nur** in der Gemeinde erhältlich, in welcher man vor dem Aufbruch nach Deutschland gemeldet war. Dabei geht es hauptsächlich um Gesundheit, Unterkunft, Möbel/ Erstaustattung und die Wiedereingliederung von Kindern ins Bildungssystem. Wenn möglich sollten alle Dokumente, welche den individuellen **Gesundheitszustand, Arbeitsverhältnisse, Bildungsweg(e)** etc. in Deutschland dokumentieren, gleich zu einer ersten Vorsprache bei der Verwaltung mitgebracht werden (Int. Geburtsurkunden, Schulbescheinigungen, Zeugnisse).

Anschließend ging der Besuch zum lokalen **Arbeitsamt** (Ministeria e Punes dhe Mireqenies Sociale). Nach der Registrierung in der Gemeinde Ferizaj (s.o.) können in den VET-Einrichtungen der Gemeinde sogenannte `Business Trainings` gemacht werden oder an Berufsbildungskursen teilgenommen werden. Besonders gefragte Berufe: **Elektriker, Klempner, Friseurin, Vulkaniseur, Fliesenleger und Näherin**. Anschließend besteht unter Umständen die Möglichkeit, über ein Programm einen Zuschuss von bis zu **€ 3000,-** für eine Existenzgründung zu beantragen. Eine online-Jobbörse befindet sich derzeit im Aufbau. Hierfür benötigte Computer wurden bereits beantragt, doch man wartet noch immer auf die Lieferung. Die Chance, in Beschäftigung zu kommen, sei vor Ort wesentlich höher, wenn man sich „**im Kleinen**“ **selbständig** mache. Anzumerken ist hier jedoch, dass Ferizaj eine Gemeinde ist, welche wirtschaftlich sehr viel besser da steht als viele andere Gemeinden im Kosovo und wo sich dementsprechend sehr viel mehr Möglichkeiten bieten.

Die Gruppe besuchte eine **alleinerziehende Mutter** mit ihren zwei kleinen Kindern, die vor sechs Monaten aus Dänemark abgeschoben wurden. Sie erhielten für die Dauer von 12 Monaten eine „geschützte“ Wohnung. Für die Zeit danach wurde ein privater Spender gefunden, der Mittel für eine langfristige Bleibe aufbringen möchte (die Unterstützung von Bedürftigen durch (auch über die Kommune vermittelte) private Spender sei im Kosovo nicht unüblich). Aufgrund traumatischer Erlebnisse ist die junge Frau in **psychologischer Behandlung** und hofft auf eine Ausbildung zur Friseurin. Danach ging es zu einer **Roma Familie**. Der Mann sprach sehr gut Deutsch. Er hat 34 Jahre in Deutschland gelebt. Die Ehefrau hat an einem Kurs und Business Training teilgenommen und sich als **Näherin selbständig** gemacht. Derzeit verkauft sie Kleider, vor allem aber Gardinen auf dem Markt, wovon die Familie leben kann. Was ihr fehlt, ist eine Anschlussfinanzierung für Material und ein Auto zum Warentransport. Kleinkredite sind im Kosovo nicht verfügbar. Der Familienvater hat auch aufgrund seiner Sprachkenntnisse ein (für kosovarische Verhältnisse) **sehr gut bezahltes Jobangebot** in einem CallCenter bekommen. Da seine Frau jedoch genug für den Unterhalt der Familie verdiene, nahm er das Angebot **nicht** an.

Zu guter Letzt besuchte man die Werkstatt eines **Schreiners** (hauptsächlich **Küchenanfertigungen**), der ebenfalls eine Förderung bekommen hat. Sehr motiviert findet er immer wieder kreative Lösungen, um seine Maschinen effektiver nutzen zu können. Sein Bruder und sein Sohn sind ebenfalls in seinem kleinen Betrieb beschäftigt. Auch er bräuchte weitere Mittel, um seine Werkstatt zu **vergrößern**, zusätzliche Personen einzustellen oder zum Beispiel ein Geschäft zu eröffnen, wo er seine Möbel ausstellen kann (Kleinkredit).

2.4 Fahrt nach Mitrovica

Beim Besuch in der kosovarischen Stadt Mitrovica, die zwischen einem serbischen und einem kosovarischen Teil getrennt ist und als **Sinnbild** der weiter bestehenden innerkosovarischen **Konfliktlinien** zwischen den Mehrheitsalbanern und den Serben dient, ging es vornehmlich um den Besuch der Diakonie. Die Räumlichkeiten befinden sich in Mitrovica und werden von insgesamt 84 Mitarbeitern geleitet. Ca. 750.000 € werden jährlich benötigt, um das Center zu betreiben. Diese Gelder kommen über Spenden von Brot für die Welt, Kindernothilfe, der Rheinischen Landeskirche sowie über private Spender. Seit 17 Jahren betreibt die Diakonie Kosovo das Diakonie Trainingscenter. Dort werden jährlich ca. **600 Personen allen Alters beruflich qualifiziert**. Qualifikation in den Bereichen Heizungsbau, Installation, Elektrik, Trockenbau, Friseur und Textil sind möglich. 75 % des Trainings ist praxisorientiert. Die Trainings dauern drei bis fünf Monate und kosten zwischen 30 bis 50 €. Danach erhalten die Ausgebildeten ein Zertifikat. Zudem leitet die Diakonie Kosovo einen Kindergarten, in

dem 60 Kinder betreut werden können. Sie leiten weiterhin ein Traumatherapiezentrum, ein multiethnisches Jugendzentrum, eine Behindertenwerkstatt und es werden Sprachkurse in Englisch und Deutsch angeboten. Es gibt eine **Beratung für Rückkehrer** sowie eine Beratung für Langzeitgeduldete aus DE. Für Rückkehrer, die aus den Bundesländern stammen, über die das Projekt finanziert wird, sind die Trainings **kostenfrei**. Die Rückkehrer aus den **anderen Bundesländern** können über URA oder AWO finanziert werden.

Das **staatliche Büro für Rückkehr unterscheidet** zwischen Rückkehrern aus der EU und Rückkehrern aus den Nachbarländern (Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro) und hat dementsprechend zwei Büros, die jeweils für die eine oder andere „Rückkehrer-Gruppe“ zuständig sind. Für die Rückkehrer aus EU-Ländern ist die Abteilung für Reintegration zuständig (Department for Reintegration) und für Rückkehrer aus den Nachbarländern ist das Ministerium für Rückkehr und Community zuständig. Die Verantwortung für die Arbeit liegt juristisch gesehen in Händen der Kommunen – sie kümmern sich um die Wohnmöglichkeiten innerhalb der Kommune, Soziale Hilfe usw., politisch aber hat dieses staatliche Büro für Rückkehr verschiedene Aufgaben. Das Department for Reintegration hat 7 Regionalkoordinationsbüros. In den Büros gibt es ein **Koordinator** für dauerhafte Integration, der zuständig dafür ist, die Aufgaben der Kommunalen Büros für Rückkehr und Reintegration zu koordinieren. Jede Kommune in Kosovo hat ein solches Büro in die Verwaltung integriert. Die Büros gibt es seit 2011. Das Regionalbüro in Mitrovica hat die Koordinierungszuständigkeit für 3 Kommunen. Der Koordinator **prüft** den Antrag (für Unterstützung) und leitet den Antrag an eine **Kommission** (10 Mitglieder – Vertreter von allen Bereichen des Kommune wie z.B. Bildung, Arbeit, Soziales, Bauwesen usw.), die am Ende über die Hilfeleistung gemeinsam entscheiden. Der Rückkehrer ist verpflichtet, sich **innerhalb sechs Monaten** nach der Rückkehr bei dem kommunalen Büro zu melden, wenn er die Unterstützung/Hilfe von Staat benötigt. Wenn er die Anmeldefrist versäumt hat, kann er das **nicht nachträglich** beantragen. Mit dem Rückkehrer wird besprochen, welche Hilfe er benötigt. Danach wird ein entsprechender Antrag ausgefüllt. Wenn der Rückkehrer eine Existenzgründung anstrebt, wird anders vorgegangen. Die Existenzgründung ist **eine besondere Maßnahme**. Dafür gibt es eine separate Kommission für Existenzgründung mit dem Sitz in Pristina. (Die Zuständigkeit bezüglich Existenzgründungunterstützung wurde zu Arbeitsamt transferiert / Wirtschaftliche Integration, wie Arbeitsvermittlung, Ausbildung und Existenzgründung liegen in Zuständigkeit des Arbeitsministeriums).

Besuch beim **Arbeitsamt in Mitrovica** (Implementierungspartner sind UNDP und die finnische Regierung): Seit zwei Jahren existiert ein **Beschäftigungsförderungsprogramm** mit zwei Komponenten: zum einen diejenige, in deren Rahmen der Arbeitgeber, der einen Arbeitssuchenden von Arbeitsamt beschäftigen möchte, einen **Lohnkostenzuschuss** für die Zeit von 12 Monaten erhält oder im Falle des Praktikums/Ausbildung, dem sogenannten „Training on the Job“, die Kandidaten eine Art von **Stipendium** in Höhe von 130 EUR/Monat für Dauer von drei Monaten erhalten. Es besteht noch die Möglichkeit, eine Arbeit durch **Ausbildung** zu finden, und zwar mit Hilfe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen – Ausbildung durch **Ausbildungszentren** finanziert durch das Arbeitsamt oder Reintegration durch **Existenzgründung**.

2.5 Besuch von Rückkehrerfamilien mit URA

Drei Teilnehmer/innen der IntegPlan-Exkursionsgruppe Albanien/Kosovo besuchten das von einer Reihe von Bundesländern über das BAMF geförderte Reintegrationsprojekt „**URA 2 - Die Brücke**“ in Pristina. Der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) obliegt seit August 2016 die Verwaltung und Durchführung über die Integration in das „Programm Migration für Entwicklung“ (PME). Rückkehrende aus den Bundesländern **Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Niedersachsen,**

Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen können Unterstützungsleistungen von URA erhalten, wenn sie sich innerhalb **eines Monats** im Rückkehrzentrum registrieren. Für Rückkehrende aus anderen Bundesländern stehen die Angebote der Diakonie oder der AWO offen. Die Büros von URA und AWO befinden sich in unmittelbarer Nähe im Zentrum von Pristina.

Im Tagesverlauf sollten mehrere Rückkehrerfamilien gemeinsam mit zwei URA-Teams besucht werden. Ein Team besteht in der Regel aus zwei Sozialarbeiter/innen und einem Arbeitsvermittler, der die Perspektiven für eine mögliche **Arbeitsmarkt-Reintegration** mit den Klienten bespricht. Alle besuchten Familien waren erst wenige Tage zuvor aus Deutschland **abgeschoben** worden. Nach der Ankunft am Flughafen Pristina stehen ihnen Mitarbeiter/innen des staatlichen Reintegrationsprogramms oder von URA zur Verfügung; über alle zwangsweise Zurückgeführten Kosovar/innen erhält URA Kenntnis; freiwillig Rückkehrende sollten sich selbst an die jeweils zuständige Institutionen wenden, da nach **Ablauf der Ein-Monatsfrist kein Anspruch mehr auf Unterstützungsleistungen** bei URA besteht. Beim Erstgespräch am Flughafenschalter oder im Rückkehrzentrum erfolgt die Aufnahme der Grunddaten der Rückkehrenden und die Bedarfsanmeldung. Das Aufsuchen der Familien stellte den Erstbesuch nach der Registrierung dar. Die Familien werden erst kurz vor Eintreffen der Beraterinnen über den Besuch informiert; dies dient laut Aussagen des URA-Leiters der möglichst **objektiven** Bewertung der Situation der Rückkehrenden. Die Lebensumstände sollten der Realität entsprechen und nicht für den Besuch der URA-Mitarbeiter/innen präpariert werden. Die vorherige Kontaktaufnahme erwies sich am Exkursionstag in allen Fällen als **nicht ganz unkompliziert**; teilweise wechseln die Rückkehrer/innen nach ihrer Ankunft ihre Handynummer oder ungenaue Ortsangaben erschweren das Auffinden des Wohnorts. Letztendlich konnten alle Adressen der Familien nach einiger Suche gefunden werden.

Die Beratung erfolgte im **Wohnumfeld** der Familien; dabei glichen die URA-Mitarbeiter/innen die bei der Registrierung angemeldeten Bedarfe, bspw. nach Betten, Möbeln oder Bekleidung, mit der vorgefundenen tatsächlichen Situation ab. In allen drei Fällen erfolgte eine kurzfristige Reintegration in das bestehende familiäre Umfeld. Notbedarfe wie Wohnraum oder Schlafgelegenheiten wurden auf diese Weise abgedeckt. Die erste Familie (Mann + Frau, ein Kind) konnte ihr aufgegebenes **Haus** wieder beziehen; während des zweieinhalbjährigen Aufenthalts in Deutschland bewahrten Angehörige das Haus vor Verwahrlosung und Verfall. **Gesundheitliche Probleme** der Frau, die bereits vor der Ausreise bestanden, sind nach wie vor akut, weshalb die **Kostenübernahme** von Medikamenten und weitere Arztbesuche mit den Sozialarbeiterinnen von URA abgesprochen wurde.

Die zweite Familie (Mann + Frau, zwei Kinder) konnte **kurzfristig** nur ein Zimmer im Wohnhaus des Bruders des Mannes beziehen. Die Zustände wurden aufgrund der Enge als **unhaltbar** empfunden; mit den URA-Mitarbeiter/innen wurden die Möglichkeiten der Anschaffung einer Mietwohnung in Pristina oder der Renovierung einer Hütte auf dem Grundstück des Bruders diskutiert. Eine Entscheidung konnte spontan nicht getroffen werden; weitere Termine zur Klärung der Lage werden notwendig sein. Der zukünftige Wohnort wird im Wesentlichen vom Arbeitsplatz des Familienoberhaupts abhängen. Die zweite junge Familie stand vor der **Entscheidung** zwischen der Förderung in Form von Wohnungsausstattung und der Förderung im Rahmen einer Existenzgründung. Nur bestimmte **einzelne** Leistungen können von URA gefördert werden. Praxisrelevant wurde es als es um die Frage der **Geburtsurkunde** ging. Laut URA würde ein **einfacher Auszug aus dem Geburtsregister** für die Anmeldung im Kosovo ausreichen. Erfahrungsgemäß gibt es trotzdem noch bei einigen Familie Probleme bei der Anmeldung. Es scheint ein Informationsproblem bei den Behörden zu sein.

Die dritte Familie (Mann + Frau, drei Kinder) ist nach der Abschiebung in eine mehrheitlich von Roma/Ashkali bewohnte Siedlung in der Nähe der Stadt Mitrovica zurückgekehrt. Die **Häuser** wurden

nach dem Ende des Kosovo-Konflikts **von den lokalen Behörden errichtet** und den Bewohnerinnen laut Angaben der Sozialarbeiterinnen in Privatbesitz übergeben. Der Familienvater war nicht anzutreffen, wurde jedoch für den Folgetag zu einem Gespräch ins URA-Rückkehrzentrum eingeladen. Nach den Besuchen bei den Familien sollte zeitnah die Fallbesprechung für die Bedarfe der Familien mit dem URA-Leiter abgesprochen werden. Innerhalb weniger Tage wird ein verbindlicher Reintegrationsplan gemeinsam mit den Familien erarbeitet.

2.6 Besuch von Rückkehrerfamilien mit der AWO

Zusammen mit zwei Mitarbeiter/innen der AWO wurden einige Familien von Rückkehrern besucht, die im Einzugsgebiet von Pristina leben. Diese gehörten ausschließlich **ethnischen Minderheiten** an, die unter besonderen Problemen bei der v. a. ökonomischen Integration leiden. Dennoch zeigte sich bei den Besuchen, dass die Bandbreite der Erlebnisse sehr groß ist und sich Verallgemeinerungen verbieten:

- Zwei Brüder aus der Ethnie der Ashkali kehrten mit vielen Kindern **freiwillig** in den Kosovo zurück und wurden durch die AWO bei der **Renovierung** ihrer Häuser unterstützt, haben hierbei aufgrund ihrer handwerklichen Fähigkeiten einen erheblichen Eigenanteil geleistet. Einer der Väter verdient sein Geld als **Taxifahrer**, außerdem **kandidierte** er bei den zur Zeit der Exkursion stattfindenden Kommunalwahlen für den Gemeinderat. Beide Brüder zeigten sich engagiert, für ihre ökonomische und soziale Zukunft zu arbeiten und diskutierten mehrere Pläne und Vorstellungen. Bei ihnen war **Eigenantrieb, Bereitschaft zur Initiative und das weitgehende Fehlen von Mutlosigkeit** zu bemerken.
- Eine Familie mit **zwei behinderten Kindern und einer chronisch erkrankten Ehefrau** zeigte im Kontrast dazu ein hohes Maß an **Fatalismus, Selbstaufgabe und Perspektivlosigkeit**, darüber hinaus wurde ein **weitgehendes Versagen staatlicher Unterstützungsstrukturen** vor allem in Bezug auf die medizinische Versorgung deutlich.
- Roma-Familien, die in der Nähe der alten Kohlekraftwerke in Pristina lebten, müssen seit Jahren in **slumähnlichen Wohnverhältnissen** leben und fristen ihr Dasein als Müllsammler. Die hygienischen und baulichen Rahmenbedingungen konnten nur als **katastrophal** bezeichnet werden.
- Eine weitere Roma-Familie konnte mithilfe der AWO ihr Haus **renovieren**, der Vater war derzeit damit befasst, sich aufgrund seiner Kontakte in Deutschland um ein **Arbeitsvisum** für eine Helfertätigkeit als Maler zu bemühen und hoffte auf eine positive Bearbeitung seines Antrags.

Aus den Besuchen konnten die Lehren gezogen werden, dass a. **Eigeninitiative** und der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben **wichtige Voraussetzungen** dafür sind, dass auch Hilfen wie die der AWO tatsächlich eine Wirkung entfalten können und b. dass das staatliche Sozialsystem den teilweise multiplen Problemlagen gerade großer Familien **nicht oder nur unzureichend** gerecht zu werden imstande ist. Vor allem die medizinische Versorgung droht schnell **prekär** zu werden, da im Regelfalle alle medizinischen Dienstleistungen im Voraus zu bezahlen sind.

2.8 Besuche bei URA und AWO

Abschließende Besuche in den Geschäftsstellen bei AWO und URA 2 wurden noch einmal für die Klärung von **Verfahrensfragen**, das Aufzeigen der **Grenzen** der möglichen Unterstützung sowie, im Falle der Gruppe, die zur AWO ging, einige weitere **Familienbesuche** in und um Pristina genutzt.

2.9 Besuch bei der Abteilung für Reintegration des kosovarischen Innenministeriums

Die kosovarische Regierung ist seit geraumer Zeit darin engagiert, ein Programm für Rückkehrer umzusetzen, die vor einem Stichtag im Jahre 2010 das Land verlassen haben (danach ausreisende Kosovaren, die zurückkehren, können nur in Ausnahmefällen von diesem Angebot profitieren). Während eines Treffens mit der Leiterin der zuständigen Abteilung im Innenministerium sowie ihren Mitarbeiter/innen wurden noch einmal die wesentlichen **Förderbereiche** sowie das Verfahren benannt, wobei insbesondere Fragen zur medizinischen Versorgung sowie zum genauen Ablauf und der Dauer des Bewilligungsprozesses gestellt wurden.

2.10 Gespräch mit dem Attaché des BAMF bei der Deutschen Botschaft in Pristina

Bei einem Gespräch mit dem Mitarbeiter des BAMF in der Deutschen Botschaft wurden vor allem die Themen der **Beurteilung der Gesamtlage des Kosovo**, des **Verfahrens der Zusammenarbeit** zwischen der Botschaft und dem kosovarischen Innenministeriums sowie der **Rolle des BAMF-Mitarbeiters** besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich nach Einschätzung des Mitarbeiters die Versorgungslage mit Medikamenten im Kosovo kontinuierlich **verschlechtert** habe, was vor allem an einer stetig **abnehmenden Leistungsfähigkeit** des Gesundheitssystems aufgrund der schlechten finanziellen Ausstattung liege. Es bestehe die Möglichkeit, abgeschobene Rückkehrer wieder nach Deutschland zurückzubringen, wenn sich herausstellen sollte, dass entgegen der Feststellung während des Verfahrens die medizinischen Probleme doch ein faktisches Abschiebehindernis darstellen. Ansonsten sei man vor allem für die Informationsbeschaffung vor Ort bei der Betreuung schwieriger Einzelfälle sowie für die Erstellung **regelmäßiger Lageberichte** verantwortlich, die wiederum in einer leicht redigierten Fassung auch auf der BAMF-Webseite zu finden seien.

3 Abschlussworkshop, Feedback und Empfehlungen

In einer abschließenden Runde, bei der auch Vertreter von AWO und URA zugegen waren, besprachen die Exkursionsteilnehmer/innen ihre gemeinsamen Erfahrungen und informierten sich gegenseitig über ihre Feldbesuche in Kleingruppen. Abschließend wurden sie um ihre Empfehlungen und Ideen für eine Verbesserung der Arbeit gegeben.

Gesammelte Eindrücke:

- Eindrücke seien sehr hilfreich gewesen, insbesondere in Bezug darauf, was es doch alles für **Unterstützungsmöglichkeiten** im Kosovo gäbe, das werde von den Zielgruppen in Deutschland oft abgestritten,
- **Direkte Kontakte** zur Zielgruppe seien sehr hilfreich und hätten zu einer gewissen Beruhigung beigetragen: Menschen werden nicht allein gelassen,

- Vorher war vieles Theorie, jetzt habe man sich ein Bild gemacht und könne vieles **authentischer** rüberbringen,
- Im Kopf überlege man sich schon, was man dem nächsten Klienten erzähle, die Sichtweisen seien sehr unterschiedlich, man freue sich darauf, die Eindrücke **in der Praxis einbringen** zu können,
- Die Reise habe unglaublich gut gefallen, viele Eindrücke, man werde es im nächsten **Netzwerktreffen** weitergeben; ist viel wert, besser Bescheid zu wissen, auch die Dinge, die nicht klappen,
- man werde sehr viel mitnehmen, was man **weitergeben** könne an Ehrenamtliche, Kollegen vom Sozialamt etc., man sei viel weniger skeptisch als vorher; man habe zwar gewusst, dass viele NGOs tätig seien, aber nicht, dass es doch so weit ginge; Überraschung darüber, dass auch der Staat doch recht viel mache im Rahmen seiner Möglichkeiten,
- **Sehr guter Mix** bei den TN aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen,
- man finde es sehr interessant, sei vor 6 J. schon einmal da gewesen, vieles habe sich **verbessert**, auch URA 2 habe sich sehr verbessert, **strukturierte** engagierte Verwaltungstätigkeit, viel Fingerspitzengefühl; Kommunalverwaltung Prizren sei auch sehr hilfsbereit; natürlich auch viele **frustrierte Personen**, bes. die Abgeschobenen; aber auch eine Familie getroffen, die hier „angekommen“ sei, mit 2 Kindern und aufgrund der Hilfe durch URA 2,
- man habe sich persönlich auch sehr gefreut, dass hier **viel gearbeitet** und geholfen werde,
- man sei überrascht, dass es **überhaupt** staatliche Unterstützung für Rückkehrer gäbe, auch wenn es noch ausbaufähig sei und mit dem dt. Sozialsystem nicht vergleichbar; besonders URA sei sehr interessant.

In Bezug auf **Empfehlungen und Ideen** wurde vorgetragen:

- Viel **intensiverer, dichter** Austausch zwischen Rückkehrberatern in Dt. und Organisationen vor Ort nötig – Kontakt vorher schon herstellen – besonders bei vulnerablen Gruppen,
- Wie kann man den ersten Kontakt zu einer administrativen Person in einen richtigen „**Empfang**“ mit sozialer Komponente verwandeln?
- In Kontakt bleiben, welche Akteure an einem Fall mitgearbeitet haben: Wunsch und Umsetzung – erfordert **fallbezogenes Monitoring**
- Beim nächsten Mal die **staatliche Aufnahmeeinrichtung** besuchen!
- Ausgangssituation: Rückkehrer sind sehr **misstrauisch** – vertrauensbildende, **persönliche** Kommunikation mit AP im Herkunftsland ermöglichen, keine Standard-Mails
- Auch **Abgeschobene** sollten vorher Informationen bekommen

- Info: BAMF informiert vor Abschiebung über Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr, ist aber **keine Beratung** und fast niemand nimmt das wahr
- Freiwillige Rückkehrer werden nicht der Botschaft gemeldet, **nirgends registriert** – darauf hinwirken, dass sie sich bei den kommunalen Büros melden!
- Eine Art „**Jobbörse**“ herstellen für **Rückkehrer**
- **IntegPlan-Seite** auf die BYF-Seite verlinken
- **Feedback-Möglichkeit** an das BAMF sollte bestehen, weil die Rückkehrer häufig sagen, dass in ihren Herkunftsländern nichts funktioniert, die Exkursion hat gezeigt, dass vieles **doch** funktioniert
- DRPR-Info zu Pilotprojekt mit Schweden: **Datenformular für Reintegrationswillige** entwickeln/nutzen, damit Daten mit Einwilligung der Rückkehrer von Deutschland aus an das Herkunftsland weitergegeben werden können